



2023

Bericht über das
121. Geschäftsjahr



**Bürgerliches
Brauhaus**





Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau Aktiengesellschaft Ravensburg

117. ordentlichen Hauptversammlung die am Freitag, den 12. Juli 2024 um 11:00 Uhr

in der Gaststätte „Bäregarten“, Schützenstraße 21, 88212 Ravensburg

Tagesordnung (Verkürzte Fassung)

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses sowie des Lageberichts mit den Berichten des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2023
2. Beschlussfassung über Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 2023
3. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2023
4. Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2023
5. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2024

Eintrittskarten für die Hauptversammlung sind innerhalb der angegebenen Fristen unter der bei der in der Einladung im Internet genannten Stelle anzufordern.

Die Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung sowie die der Hauptversammlung zugänglich zu machenden Unterlagen, Informationen und weitergehenden Erläuterungen zu den Rechten der Aktionäre gemäß §121 Abs. 3 Ziff. 3 AktG werden von der Einberufung der Hauptversammlung an über die Internetseite <http://buergerliches-brauhaus.de> zugänglich gemacht und liegen in der Hauptversammlung zur Einsicht aus. Als zusätzlicher Service werden vorstehende Unterlagen den Aktionären auf deren Verlangen auch kostenfrei zugesandt.

Die Informationen nach § 124 a AktG zur Hauptversammlung finden sich ebenfalls auf der Internetseite der Gesellschaft unter <http://buergerliches-brauhaus.de>.

Ravensburg, im Mai 2024

Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau Aktiengesellschaft
- Vorstand -

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat des Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau Aktiengesellschaft hat sich in Erfüllung seiner gesetzlichen und satzungsgemäßen Aufgaben vom Vorstand während des Geschäftsjahres regelmäßig über die allgemeine Geschäftsentwicklung sowie über wichtige Einzelvorgänge berichten lassen und die Geschäftsführung der Gesellschaft während des Geschäftsjahres geprüft. Es fanden insgesamt vier Aufsichtsratssitzungen im Geschäftsjahr 2023 statt.

Der Jahresabschluss (bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang) und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 sind durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte Landestreuhand Weihenstephan GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Freising, geprüft und am 03. Mai 2024 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung gemäß § 171 Abs. 1 Satz 1 des Aktiengesetzes (AktG) erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen den geprüften Jahresabschluss und Lagebericht sowie gegen den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinnes des Geschäftsjahres 2023 und schließt sich diesen an. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Der Vorstand hat gemäß § 312 des Aktiengesetzes für das Geschäftsjahr 2023 einen Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) erstattet und abschließend erklärt, dass nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen wurde, eine angemessene Gegenleistung gewährt und die Gesellschaft nicht benachteiligt wurde. Berichtspflichtige Maßnahmen

wurden weder getroffen noch unterlassen.

Der Abschlussprüfer, Landestreuhand Weihenstephan GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Freising, hat im Zusammenhang mit der Abschlussprüfung auch den Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen im Geschäftsjahr 2023 (Abhängigkeitsbericht) gemäß § 313 AktG geprüft. Das abschließende Ergebnis der Prüfung des Abhängigkeitsberichts nach § 313 Abs. 3 AktG beinhaltet keine Einwendungen, es lautet wie folgt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft. Er hat gegen die im Bericht enthaltene Schlusserklärung des Vorstandes und das Ergebnis der Prüfung durch die Landestreuhand Weihenstephan GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Freising, keine Einwendungen zu erheben.

Lindau, 08. Mai 2024



Der Aufsichtsrat
Dr. Gerhard Knaus, Vorsitzender

elektronische Kopie

**Bürgerliches Brauhaus
Ravensburg - Lindau
Aktiengesellschaft
Ravensburg**

Jahresabschluss und Lagebericht
zum 31. Dezember 2023

Bilanz zum 31. Dezember 2023
der
Bürgerliches Brauhaus Ravensburg - Lindau Aktiengesellschaft, Ravensburg

AKTIVA **PASSIVA**

	Euro	31.12.2023 Euro	31.12.2022 Euro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		79.443,75	82.443,75
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und Bauten	3.459.928,00		3.549.247,00
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	222.876,00		274.663,00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>114.923,79</u>		<u>90.946,28</u>
		3.797.527,79	3.914.876,28
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	4.266,27		555,23
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.453.180,00		299.261,00
3. Sonstige Ausleihungen	<u>5.089,97</u>		<u>1.726,98</u>
		1.462.532,24	311.504,81
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	89.104,27		88.548,14
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	71,40		14.741,72
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>160.914,39</u>		<u>106.089,16</u>
		250.090,06	209.379,02
II. Wertpapiere			
Sonstige Wertpapiere			
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten			
		2.163.486,82	2.079.665,79
		3.206.550,49	3.692.830,71
		<u>844,93</u>	<u>0,00</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		10.960.476,08	10.290.802,36
		<u>10.960.476,08</u>	<u>10.290.802,36</u>
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital			
II. Gewinnrücklagen			
1. Gesetzliche Rücklage	164.582,53		164.582,53
2. Andere Gewinnrücklagen	<u>7.903.465,68</u>		<u>7.593.440,68</u>
		8.068.048,21	7.758.023,21
III. Bilanzgewinn			
- davon Gewinnvortrag Euro 224.027,07 (Euro 116.362,51)			
		534.055,64	360.527,07
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen	1.118.231,00		1.144.975,00
2. Steuerrückstellungen	195.498,56		36.145,36
3. Sonstige Rückstellungen	<u>203.712,29</u>		<u>153.214,79</u>
		1.517.441,85	1.334.335,15
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	42.702,29		43.787,81
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 42.702,29 (Euro 43.787,81)			
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	368,58		0,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 368,58 (Euro 0,00)			
3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>96.289,51</u>		<u>92.182,12</u>
- davon aus Steuern Euro 32.804,59 (Euro 30.780,85)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 736,64 (Euro 273,41)			
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 50.209,40 (Euro 47.074,25)			
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr Euro 46.080,11 (Euro 45.107,87)			
		139.390,38	135.969,93
D. Rechnungsabgrenzungsposten			
		1.550,00	1.947,00
		<u>10.960.476,08</u>	<u>10.290.802,36</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023
der
Bürgerliches Brauhaus Ravensburg - Lindau Aktiengesellschaft, Ravensburg**

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	<u>2.375.158,88</u>	<u>2.189.804,79</u>
2. Gesamtleistung	2.375.158,88	2.189.804,79
3. Sonstige betriebliche Erträge	214.107,12	439.872,86
4. Materialaufwand	277.839,45	268.797,76
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	587.457,76	589.995,41
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>177.888,70</u>	<u>189.837,75</u>
	765.346,46	779.833,16
6. Abschreibungen	200.807,37	248.440,67
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	630.675,19	1.075.585,78
8. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	4.203,29	425,84
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	106.319,90	68.624,08
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21.971,15	28.739,73
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>181.201,27</u>	<u>51.368,72</u>
12. Ergebnis nach Steuern	621.948,30	245.961,75
13. Sonstige Steuern	1.894,73	1.797,19
	<hr/>	<hr/>
14. Jahresüberschuss	620.053,57	244.164,56
15. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	224.027,07	116.362,51
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen	310.025,00	0,00
	<hr/>	<hr/>
17. Bilanzgewinn	<u>534.055,64</u>	<u>360.527,07</u>

Anhang für das Geschäftsjahr 2023
der
Bürgerliches Brauhaus Ravensburg - Lindau Aktiengesellschaft, Ravensburg

ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

Die Bürgerliches Brauhaus Ravensburg - Lindau Aktiengesellschaft hat ihren Sitz in Ravensburg. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Ulm unter HRB 550009 eingetragen.

ALLGEMEINE ANGABEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs und den ergänzenden Vorschriften des Aktiengesetzes erstellt.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die **immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen** werden mit Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige, nutzungsbedingte Abschreibungen nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer angesetzt.

Entsprechend dem Beibehaltungs- und Fortführungswahlrecht nach Art. 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB werden von der Gesellschaft für die vor dem BilMoG-Umstellungsjahr angeschafften Vermögensgegenstände die niedrigeren Wertansätze, die auf Abschreibungen nach §§ 254, 279 Abs. 2 HGB a.F. (steuerrechtliche Abschreibungen) beruhen, fortgeführt.

Die **Finanzanlagen** werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderungen zum Bilanzstichtag angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungskosten angesetzt, wobei den erkennbaren Risiken bezüglich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und der sonstigen Vermögensgegenstände durch Einzelwertberichtigungen angemessen Rechnung getragen wurde.

Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit den Anschaffungskosten angesetzt bzw. zum am Stichtag niedrigeren beizulegenden Wert.

Der Ansatz der **liquiden Mittel** erfolgt zum Nominalbetrag.

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** beinhaltet Ausgaben, die Aufwand der Folgejahre darstellen.

Die Bewertung der **Pensionsrückstellungen** erfolgte nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen mittels der sogenannten Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode). Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Als weitere Annahmen liegen der Bewertung ein Rechnungszinssatz von 1,82 % p.a. (Vorjahr 1,78 % p.a.) sowie ein Rententrend von 2,00 % p.a. zugrunde. Gehaltssteigerungstrends waren nicht zu berücksichtigen. Der Rechnungszins für die Abzinsung wurde mit dem von der Deutschen Bundesbank nach der Rückstellungsabzinsungsverordnung für Dezember 2023 bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelten Wert auf der Basis des Durchschnitts der letzten 10 Jahre angesetzt.

Die **übrigen Rückstellungen** werden für ungewisse Verpflichtungen und sonstige erkennbare Risiken gebildet. Sie werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden grundsätzlich mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind. Abzinsungsrelevante Bewertungssachverhalte lagen im Berichtsjahr nicht vor.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** beinhaltet Einnahmen, die Erträge des Folgejahres darstellen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ergibt sich aus dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagengitter nach § 284 Abs. 3 HGB.

Die Gesellschaft hält eine Beteiligung von 0,553 % an der Konferenzhotel Weingarten GmbH & Co. KG i.L., Weingarten, die über ein Eigenkapital zum 31. Dezember 2022 in Höhe von TEuro 763 verfügte und einen Jahresüberschuss 2022 in Höhe von TEuro 1.791 erwirtschaftete, der im Wesentlichen aus der Veräußerung des Hotels stammt.

Das Grundkapital beträgt zum Stichtag Euro 700.000,00; es wird in der Bilanz als **gezeichnetes Kapital** ausgewiesen. Das Grundkapital ist eingeteilt in 13.650 auf den Inhaber lautende Stückaktien.

In der letztjährigen Hauptversammlung wurde beschlossen, den im festgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von Euro 360.527,07 in Höhe von Euro 136.500,00 an die Aktionäre auszuschütten und den verbleibenden Betrag auf neue Rechnung vorzutragen. Im Geschäftsjahr 2023 erfolgten keine Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen.

Die **sonstigen Rückstellungen** betreffen:

	<u>TEuro</u>
Personalkosten	94
Kosten der Jahresabschlusserstellung und -prüfung	30
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	15
Ausstehende Rechnungen	48
Aufsichtsratsvergütungen	9
Sonstige im Einzelwert unter 10 % des Postens	<u>8</u>
	<u><u>204</u></u>

Die Laufzeiten der **Verbindlichkeiten** erläutert der nachfolgende Verbindlichkeitspiegel:

Art der Verbindlichkeiten	<u>Restlaufzeit</u>			Summe	davon gesichert	Art und Form der Sicherheit
	bis zu 1 Jahr	zwischen 1 und 5 Jahren	5 Jahre und mehr			
	TEuro	TEuro	TEuro			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	43 (44)	0 (0)	0 (0)	43 (44)	0 (0)	-
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	-
3. Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	50 (47)	46 (45)	0 (0)	96 (92)	0 (0)	-
Summe (Vorjahr)	<u>93</u> (91)	<u>46</u> (45)	<u>0</u> (0)	<u>139</u> (136)	<u>0</u> (0)	

Aus dem bilanzorientierten Temporary-Konzept gemäß BilMoG ergeben sich im Geschäftsjahr 2023 insgesamt **aktive latente Steuern**. Die passiven latenten Steuern entstehen aus dem höheren handelsrechtlichen Ansatz von Gebäuden sowie einer Rücklage nach § 6b EStG (passive latente Steuer TEuro 86), denen höhere aktive latente Steuern (TEuro 188) aus dem höheren handelsrechtlichen Wert der Pensionsverpflichtungen sowie aus den nur handelsrechtlich vorgenommenen Abwertungen von Wertpapieren des Umlaufvermögens gegenüberstehen. Die Bewertung der latenten Steuer erfolgt mit dem unternehmensindividuellen Steuersatz von 30,2 %. Gemäß dem Wahlrecht des § 274 Abs.1 S. 2 HGB wird auf die Bilanzierung der aktiven latenten Steuern verzichtet.

Nach § 253 Abs. 6 HGB ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe der Marktzinssätze der letzten 10 und der letzten 7 Jahre in jedem Geschäftsjahr zu ermitteln. Gewinne dürfen nur ausgeschüttet werden, wenn die nach der Ausschüttung verbleibenden frei verfügbaren Rücklagen, zuzüglich eines Gewinnvortrages und abzüglich eines Verlustvortrages mindestens dem Unterschiedsbetrag entsprechen. Der Unterschiedsbetrag beträgt zum Bilanzstichtag Euro 6.389,00.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt worden.

Zu den einzelnen Posten wird Folgendes erläutert:

	2023	2022
	TEuro	TEuro
Umsatzerlöse		
Unterhaltungsspielgeräte	1.156	1.022
Vermietung und Verpachtung	1.131	1.095
Sonstige	118	104
Vergnügungssteuer	-30	-31
	<u>2.375</u>	<u>2.190</u>

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** beinhalten als wesentliche Positionen Reparatur- und Instandhaltungskosten, Wirteanteile für Automatenaufstellung, Leasingaufwendungen und sonstige Verwaltungsaufwendungen.

Bei den **Erträgen aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens** werden Zinserträge aus sonstigen Ausleihungen ausgewiesen.

In den Zinsaufwendungen sind **Zinsen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen** in Höhe von Euro 19.426,00 (Vorjahr Euro 20.601,00) enthalten.

Durch den Vorstand und den Aufsichtsrat wurden aus dem **Jahresüberschuss** des Geschäftsjahres 2023 Einstellungen in die anderen Gewinnrücklagen gemäß § 58 Abs. 2 AktG in Höhe von Euro 310.025,00 vorgenommen. Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn eine Dividende in Höhe von Euro 136.500,00 bzw. Euro 10,00 je Aktie zu zahlen und Euro 397.555,64 auf neue Rechnung vorzutragen.

SONSTIGE ANGABEN

Die finanziellen Verpflichtungen aus Dauerschuldverhältnissen betreffen das Segment Unterhaltungsspielgeräte. Diese belaufen sich auf TEuro 226.

Mitarbeiter (ohne Vorstand)

	<u>2023</u>	<u>2022</u>
Angestellte	6	6
Gewerbliche Arbeitnehmer	<u>9</u>	<u>8</u>
	<u><u>15</u></u>	<u><u>14</u></u>

Vorstand

Herr Lorenz Schlechter, Lindau

Dem **Aufsichtsrat** gehören an:

- Herr Dr. Gerhard Knaus, Kempten, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer
weiteres Mandat: Vorsitzender des Aufsichtsrats der Inselbrauerei Lindau AG, Lindau
- Herr Dr. Lorenz Karl Schlechter, Überlingen, Physiker
weiteres Mandat: Mitglied des Aufsichtsrats der Inselbrauerei Lindau AG, Lindau
weiteres Mandat: Vorsitzender des Aufsichtsrats der Aktienbrauerei Simmerberg AG, Simmerberg
- Herr Frederic Hanner, Guildford, Geschäftsführer
weiteres Mandat: Mitglied des Aufsichtsrats der Inselbrauerei Lindau AG, Lindau

Die Bezüge des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2023 TEuro 9.

Angaben betreffend ehemalige Organmitglieder und deren Hinterbliebene

	<u>TEuro</u>
Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder	92
Pensionsrückstellungen für ehemalige Vorstandsmitglieder	986

Angaben zum Mutterunternehmen

Die Inselbrauerei Lindau AG, Sitz Lindau, ist mit einem direkt und indirekt zurechenbaren Anteilsbesitz in Höhe von 94,52 % an der Gesellschaft beteiligt. Sie ist Mutterunternehmen i.S.d. § 290 HGB. Ein Konzernabschluss wurde bisher nicht offengelegt.

Mitteilungen über Beteiligungen gemäß § 20 AktG bzw. § 33 WpHG

Der Gesellschaft wurde das Bestehen folgender Beteiligungen mitgeteilt:

- Die Inselbrauerei Lindau Aktiengesellschaft, Lindau, hat am 7. Mai 2007 mittels Korrektur der Stimmrechtsmitteilung nach § 41 Abs. 2 WpHG vom 1. Mai 2002 mitgeteilt, dass ihr (direkter) Anteil am stimmberechtigten Grundkapital der Gesellschaft per 1. April 2002 62,82 % beträgt. Aufgrund getätigter Meldungen in Vorjahren und basierend auf weiteren Meldungen im Geschäftsjahr 2009 hat sich der Anteil auf 71,35 % erhöht.
- Darüber hinaus ist die Inselbrauerei Lindau Aktiengesellschaft indirekt mit einem (zugerechneten) Stimmrechtsanteil am Grundkapital von 23,16 % (im Besitz der Aktienbrauerei Simmerberg AG mit 6,81 % und der Insel Verwaltungs GmbH, Lindau, mit 16,35 %) beteiligt.
- Die Insel Verwaltungs GmbH, Lindau, hat am 14. Februar 2008 mitgeteilt, dass ihr (direkter) Anteil am stimmberechtigten Grundkapital der Gesellschaft am 12. Februar 2008 15,02 % beträgt. Dieser Stimmrechtsanteil hat sich mit Stand zum 31. Dezember 2009 auf 16,35 % erhöht.
- Die Aktienbrauerei Simmerberg AG, Weiler-Simmerberg, hat am 7. Mai 2007 mittels Korrektur der Stimmrechtsmitteilung nach § 41 Abs. 2 WpHG vom 21. November 2006 mitgeteilt, dass ihr Anteil zum 1. April 2002 am stimmberechtigten Grundkapital der Gesellschaft 6,81 % beträgt.

Mit Stand zum 31. Dezember 2023 hat die Gesellschaft keine neuen Meldungen erhalten.

Nachtragsbericht

Zum Stichtag dauert die Russland-Ukraine-Krise an. Die daraus resultierenden Folgen in Form von Rohstoffknappheit sowie deutlichen Preissteigerungen bei Waren, Dienstleistungen und Energie haben unmittelbare negative Auswirkungen auf die Ertragssituation der Gesellschaft. Daneben entwickelt sich der Wertpapiermarkt in diesem Zusammenhang volatil, was sich auch bei einem weiteren Halten der bilanzierten Wertpapiere in Form von Abwertungen gewinnmindernd für die Gesellschaft auswirken kann.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses konnte nicht abgeschätzt werden, welche Ausmaße diese Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft annehmen.

Ergänzend wird auf die Ausführungen im prognostischen Teil des Lageberichts verwiesen.

Ravensburg, 31. März 2024

Vorstand

gez. Lorenz Schlechter

elektronische Kopie

Entwicklung des Anlagevermögens (Bruttodarstellung)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten		Abschreibungen		Zuschreibungen Geschäftsjahr Euro	Buchwerte	
	Stand 01.01.2023 Euro	Zugänge Euro	Abgänge Euro	Stand 01.01.2023 Euro		Geschäftsjahr Euro	Stand 31.12.2023 Euro
Anlagevermögen							
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	96.467,93	0,00	0,00	14.024,18	3.000,00	17.024,18	82.443,75
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	96.467,93	0,00	0,00	14.024,18	3.000,00	17.024,18	82.443,75
II. Sachanlagen							
1. Grundstücke und Bauten	10.859.562,56	45.455,61	0,00	7.310.315,56	134.774,61	7.445.090,17	3.549.247,00
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.329.961,96	11.025,76	0,00	1.055.278,96	63.032,76	1.118.311,72	274.663,00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	90.948,28	23.975,51	0,00	0,00	0,00	0,00	90.948,28
Summe Sachanlagen	12.280.472,80	80.456,88	0,00	8.365.594,52	197.807,37	8.563.401,89	3.914.878,28
III. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen	20.368,93	3.711,04	0,00	19.813,70	0,00	19.813,70	555,23
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	299.261,00	1.253.919,00	100.000,00	0,00	0,00	0,00	299.261,00
3. Sonstige Ausleihungen	18.788,58	297,39	10.500,00	7.000,00	0,00	7.000,00	11.788,58
Summe Finanzanlagen	338.418,51	1.257.927,43	110.500,00	26.813,70	0,00	26.813,70	311.604,81
Summe Anlagevermögen	12.715.359,24	1.338.384,31	110.500,00	8.406.432,40	200.807,37	8.607.239,77	4.308.926,64

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

der

Bürgerliches Brauhaus Ravensburg - Lindau Aktiengesellschaft, Ravensburg

GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

Geschäftsmodell

Im Geschäftsjahr 2023 bestanden die Geschäftsfelder des Unternehmens unverändert aus der Vermietung und Verpachtung von eigenem Immobilienbesitz sowie der Aufstellung und dem Betrieb von Unterhaltungsspielgeräten.

Im Immobilienbestand befinden sich mehrheitlich Gastronomieobjekte, ergänzt um einige Dienstleistungsgebäude sowie Wohnimmobilien. Bis auf eine Ausnahme befinden sich alle Immobilien der Gesellschaft im Kreis Ravensburg.

Unter dem Geschäftsbereich „Unterhaltungsspielgeräte“ werden zwei Spielhallen betrieben, sowie Spielgeräte in acht fremden Gastronomieobjekten aufgestellt.

WIRTSCHAFTSBERICHT

Rahmenbedingungen

Aufgrund der Ukraine-Krise stiegen im vorherigen Geschäftsjahr die Energiepreise deutlich an. Diese Entwicklung konnte vorerst gestoppt werden, nachdem es der Bundesrepublik gelang, die Abhängigkeit zur russischen Gasversorgung zu kompensieren. Dennoch befinden sich die Energiepreise auf einem anhaltend hohen Niveau. Fehlende Planungssicherheit zur langfristigen Sicherstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise belastet die Gesamtwirtschaft Deutschlands. Aufgrund der Teuerungen im Baubereich und mangelnder Planungssicherheit wird weiterhin unzureichend Wohnraum neu entwickelt. Die Energieeffizienz von Immobilien bleibt weiterhin stark im Fokus.

Als Folge dieser Preissteigerungen gestalten sich auch Gebäudesanierungsmaßnahmen zunehmend wirtschaftlich fragwürdiger und lassen für den Freizeitsektor, wie die Unterhaltungsspielgeräte, grundsätzlich eine rückläufige Nachfrage erwarten.

Geschäftsverlauf

Im Mittelpunkt unserer wirtschaftlichen Entwicklung standen im Geschäftsjahr Maßnahmen zur Reaktion auf das steigende Zinsniveau sowie auf anhaltend hohe Energiepreise. Erfreulicherweise konnten wir Erfolge sowohl auf Erlös- als auch auf Kostenebene in durchweg allen Segmenten erzielen.

Die Segmenterlöse im Automatengeschäft konnten deutlich gesteigert werden und im Segment „Vermietung und Verpachtung“ wurden die starken Umsatzerlöse des Vorjahres wieder übertroffen.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind im abgelaufenen Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr, um TEuro 185 auf TEuro 2.375 gestiegen. Miet- und Pächterlöse erhöhten sich um TEuro 15, was auf die Neuvermietung einer Gewerbeinheit in Weingarten zurückzuführen ist, nachdem diese umfangreich saniert wurde. Die Erlöse aus dem Betrieb der Sondervermietung in Friedrichshafen bleiben auf Vorjahresniveau.

Obwohl die Gastronomie mit anhaltenden Schwierigkeiten konfrontiert war, stiegen die Getränkevergütungen von TEuro 60 (Vorjahr 57).

Die Erlöse des Geschäftszweiges „Unterhaltungsspielgeräte“ stiegen um TEuro 134 auf TEuro 1.156. Wie im Vorjahr waren beide Spielhallen und alle Gastronomiebetriebe durchgängig geöffnet. Die Steigerung der Umsatzerlöse ist auf den Austausch älterer Geldspielgeräte gegen neue und somit attraktivere Geldspielgeräte zurückzuführen.

Die Höhe der Umsatzerlöse im Geschäftsbereich der Vermietung und Verpachtung befand sich innerhalb der vom Vorstand erwarteten Bandbreite. Hingegen war die Steigerung der Umsatzerlöse im Geschäftszweig Unterhaltungsspielgeräte, auch vor dem Hintergrund der im Geschäftsjahr steigenden Inflation, in dieser Höhe nicht erwartet worden.

Im Materialaufwand werden - wie in den Vorjahren - Aufwendungen für bezogene Handelswaren ausgewiesen; die Aufwendungen für bezogene Leistungen betreffen Miet- und Pacht aufwendungen für Spielstätten sowie Aufwendungen für Nebenkosten der Immobilien.

Der Personalaufwand reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um TEuro 15, was auf personelle Veränderungen im Verwaltungsbereich zurückzuführen ist.

Vorstand und Aufsichtsrat halten weiterhin daran fest, den Großteil der Liquidität aktiv in Aktien und Anleihen zu investieren. Aufgrund des höheren Zinsniveaus wurden im Geschäftsjahr die Investitionen in Anleihen deutlich ausgeweitet, sowie die Liquidität auf Bankkonten in kurzfristige Festgelder umgeschichtet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten somit Erträge aus Zinsen und Dividenden in Höhe von TEuro 106 (Vorjahr TEuro 68) realisiert werden. Weiterhin wurden im Geschäftsjahr per Saldo TEuro 105 (Vorjahr TEuro 176) Gewinne aus dem Kauf und Verkauf von Wertpapieren realisiert.

Das Betriebsergebnis konnte nach TEuro 255 im Vorjahr auf TEuro 713 gesteigert werden.

Der Jahresüberschuss konnte unter Berücksichtigung von Ertragssteuern in Höhe von TEuro 181 (Vorjahr TEuro 51) auf TEuro 620 gesteigert werden (Vorjahr TEuro 244).

Das Betriebsergebnis liegt über den Erwartungen des Vorstands, da zum einen von einer geringeren Erlössteigerung im Geschäftszweig „Unterhaltungsspielgeräte“ und zum anderen von höheren Instandhaltungsaufwendungen für Immobilien ausgegangen wurde.

Vermögenslage

Das Sachanlagenvermögen in Form des Immobilienbestandes reduzierte sich um die planmäßigen Abschreibungen in Höhe von TEuro 133. Zugänge des Immobiliensachanlagevermögens erfolgten durch Herstellung von Büroräumen am Münsterplatz 2 in Weingarten in Höhe von TEuro 45. Abgänge des Sachanlagevermögens waren nicht zu verzeichnen.

Zur Betriebs- und Geschäftsausstattung zugehöriges Sachanlagevermögen wurde in Höhe von TEuro 63 abgeschrieben. Dem gegenüber standen Zugänge in Höhe von TEuro 11, darunter eine Küche TEuro 4,9, Überwachungstechnik TEuro 2,7, eine Gastrogeschirrspülmaschine TEuro 1,7 sowie ein Notebook TEuro 1,8.

Kosten für im Bau befindliche Anlagen wurden mit TEuro 5 aktiviert. Hierunter fallen weitere Planungsleistungen am Objekt Räuberhöhle.

Die unter dem Posten „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesenen Anleihen wurden im Bestand um TEuro 1.154 auf insgesamt TEuro 1.453 erhöht. Ziel dieser Investitionsentscheidung ist es, am steigenden Zinsumfeld möglichst risikoarm zu profitieren. Aus diesem Grund wurden ausschließlich Unternehmensanleihen mit gutem Rating erworben.

Alle Zugänge konnten mit eigenen Mitteln finanziert werden.

Sonstige Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen TEuro 54 Mietkautionen als Sicherheiten für bestehende Miet- und Pachtverhältnisse, TEuro 47 ausstehende Einzahlungen über Bruttoerlöse aus Geldspielgeräten, welche Erlös im Dezember 2023 darstellten, jedoch erst im Januar abgerechnet und als Bankeinzahlung verzeichnet werden konnten sowie Zinsabgrenzungen über TEuro 31 aus Festgeldanlagen und Anleihen.

Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöhte sich nach einer nur teilweisen Ausschüttung des Vorjahresergebnisses sowie des Jahresüberschusses 2023 auf TEuro 9.302 (Vorjahr TEuro 8.819). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote in Höhe von 84,9 % (Vorjahr 85,7 %).

Finanzlage

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von TEuro 873 konnte, im Vergleich zum Vorjahr (TEuro 586), gesteigert werden, was insbesondere auf die gestiegenen Umsätze mit den Unterhaltungsspielgeräten zurückzuführen ist.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit reduzierte sich im Wesentlichen wegen Investitionen in Anleihen nach TEuro 127 im Vorjahr auf TEuro -1.116 im Geschäftsjahr 2023.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Bei den finanziellen Leistungsindikatoren liegt unser Fokus auf:

- Umsatzentwicklung
- Betriebsergebnis

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir die Kennzahlen Vermietungsquote und Umsatzrentabilität heran.

Die Vermietungsquote konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Aufgrund von Instandhaltungsstau bestand lediglich an einer Liegenschaft Leerstand.

Die Umsatzrentabilität war mit 26,1 % über dem Vorjahreswert in Höhe von 11,2 %.

Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zum 31. Dezember 2023 schätzen wir als robust ein.

Unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung im Bereich „Unterhaltungsspielgeräte“ verbesserte sich gegenüber beiden Vorjahren deutlich, was auf höhere Einzahlungen in Folge der zunehmenden Inflation zurückzuführen ist. Weitere Zuwächse in diesem Geschäftsbereich sind jedoch nicht zu erwarten. Im Bereich der Immobilienvermietung erzielten wir trotz der gesamtwirtschaftlichen Verwerfungen die höchsten Mieterlöse seit Bestehen der Unternehmenstätigkeit, wobei diese Entwicklung von der Inflation positiv beeinflusst wird.

PROGNOSE-, CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Chancen- und Risikobericht

Seit Inkrafttreten des neuen Glücksspielstaatsvertrags vom 1. Juli 2021, in dem das Online-Glücksspiel in weiten Teilen legalisiert wurde, stehen wir im Automatengeschäft zunehmend in Konkurrenz zu einer neuen Glücksspiel-Branche. Hinzu kommen verschärfte Restriktionen und deren Umsetzung auf Länderebene, insbesondere in Baden-Württemberg.

Wir bemühen uns daher, das Bestandsgeschäft auf stabilem Niveau mit Kostenbewusstsein sorgfältig fortzuführen.

Nach wie vor sehen wir uns bei den Immobilien mit einem hohen Instandhaltungsstau konfrontiert. Da für sanierte Immobilien grundsätzlich auch höhere Miet- und Pachterlöse erzielt werden können, wird stets eine zügige Durchführung der Sanierungen angestrebt. Durch gestiegene Baukosten und ausgelastete Handwerksbetriebe wird die Umsetzung erschwert. Auf dem Beschaffungsmarkt können sich grundsätzlich Veränderungen der Kosten für Instandhaltungen und Sanierungen für Immobilien sowie auf die Aufwendungen für das Segment „Unterhaltungsspielgeräte“ ergeben. Diese Schwankungen wirken sich auf die Ertragslage der Gesellschaft aus.

Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die wesentlichen, von der Gesellschaft eingegangenen finanziellen Verbindlichkeiten umfassen lediglich Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten im Rahmen des üblichen Geschäftsbetriebs sowie gewährte Darlehen. Diese Verbindlichkeiten werden innerhalb der Zahlungsfristen und nach Möglichkeiten unter Ausnutzung von Skonti beglichen.

Ausfall- und Liquiditätsrisiken in Bezug auf Finanzinstrumente bestehen grundsätzlich im Bereich der Ausleihungen und der Liefer- und Leistungsforderungen. Diesen Risiken wird durch ein straffes Forderungsmanagement begegnet.

Zum Bilanzstichtag hielt die Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau AG Wertpapiere, bestehend aus Anleihen und Aktien zu Buchwerten in Höhe von TEuro 1.453 sowie TEuro 2.163. Diese Wertpapiere unterliegen täglichen Kursschwankungen. Die Verwaltung der Wertpapiere unterliegt einem strengen Risikomanagement hinsichtlich Auswahl, Diversifizierung sowie Reporting. Zudem können sich im Geschäftszweig „Vermietung und Verpachtung“ durch den Wegfall oder die Bonitätsverschlechterung von Mietern und Pächtern grundsätzlich Ausfall- und Liquiditätsrisiken ergeben. Eine sorgfältige Prüfung bereits im Vorfeld der Unterzeichnung eines Mietvertrags soll hier für eine Minimierung dieses Risikos sorgen.

Währungsrisiken bestehen nicht, da die Gesellschaft ihre Geschäfte ausschließlich in Euro abwickelt.

Prognosebericht

Von einer Ausnahme abgesehen waren die Immobilienobjekte der Gesellschaft zum Ende des Geschäftsjahres erfolgreich vermietet. Im leer stehenden Objekt sind umfangreiche Ertüchtigungen des Brandschutzes zu veranlassen. Durch sorgfältige Auswahl der Mieter und der Einholung von Sicherheiten wird versucht, das allgemeine und bei Gastronomieobjekten erhöhte Vermietungsrisiko zu begrenzen.

Aufgrund reduzierter Verfügbarkeit von Rohstoffen und Handwerkern muss dem Instandhaltungsstau künftig weiterhin eine höhere Achtsamkeit geschenkt werden. Der zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung anhaltende Russland-Ukraine-Konflikt verstärkt diese Entwicklung. Steigende Energiekosten können grundsätzlich Zahlungsausfälle bei der Weiterberechnung von Nebenkosten zur Folge haben. Um diesem Risiko zu begegnen, wurden die Vorauszahlungen für Nebenkosten jedoch angepasst.

Um den noch immer vorhandenen Instandhaltungsstau weiter aufzulösen, werden alle noch nicht sanierten Objekte auf bestehenden oder weiteren, insbesondere energetischen Sanierungsbedarf hin überprüft. Mit größeren Investitionen und weiteren Kostenbelastungen ist in den nächsten Geschäftsjahren zu rechnen. Der Ergebnisbeitrag dieses Segments wird daher in diesem Zeitraum hinter dem aktuellen Wert zurückbleiben.

Maßnahmen zur Gewinnung neuer Aufstellorte für Geldspielgeräte sind wenig erfolgreich verlaufen. Zwei Aufstellorte für Geldspielgeräte gingen im Geschäftsjahr verloren. Die Erlösentwicklung ist dennoch stabil geblieben.

Es ist davon auszugehen, dass sich die Anzahl der Aufstellorte weiter reduzieren wird, da die Zunahme von Teuerung als auch Personalmangel die Voraussetzungen in der Gastronomie vor dem Hintergrund unsicherer gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verschlechtern.

Obwohl davon auszugehen ist, dass die Auswirkungen des Ukraine-Konflikts fortbestehen, kann eine Stabilisierung der Lieferketten erwartet werden, da alternative Versorgungswege entstehen können. Von einem weiterhin hohem Preisniveau für Waren, Dienstleistungen und Energie muss jedoch ausgegangen werden. Das Ausmaß auf unsere Geschäftstätigkeit ist gegenwärtig nur schwer zu bemessen. Zwar stellt uns der mangelhafte energetische Zustand unserer Immobilien vor erhebliche Herausforderungen, jedoch ist davon auszugehen, dass die Teuerung auf breiter Front sich auch zwangsläufig auf die Entwicklung unserer Mieterlöse vorteilhaft auswirken wird. Gleichzeitig wirkt sich eine dauerhafte Teuerung grundsätzlich negativ auf unsere Liquiditätsreserven aus. Dem begegneten wir mit Neuinvestitionen in verzinste Geldanlagen, Unternehmensanleihen sowie kurzfristigen Festgeldern. Die Liquiditätssituation der Gesellschaft bleibt weiterhin stabil, sodass Zahlungsstromschwankungen, welche in allen Geschäftsbereichen erwartet werden, nach den aktuellen Einschätzungen keine ernsthafte Gefährdung für den Fortbestand der Gesellschaft erkennen lassen.

Auf Basis unserer Informationslage über das gesamtwirtschaftliche Umfeld zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses erwarten wir für das Folgejahr eine leichte Erhöhung der Umsatzerlöse sowie ein erneut positives Jahresergebnis.

ABHÄNGIGKEITSBERICHT

Der gemäß § 312 AktG erstellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen schließt mit der folgenden Erklärung ab:

„Wir bestätigen, dass jedem Rechtsgeschäft mit dem herrschenden oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen wurde, eine angemessene Gegenleistung gegenüberstand und die Gesellschaft nicht benachteiligt wurde. Berichtspflichtige Maßnahmen wurden im Geschäftsjahr 2023 weder getroffen, noch unterlassen.“

Allen Aktionären und Freunden unseres Hauses danken wir für die Treue zum Bürgerlichen Brauhaus.

Ravensburg, 31. März 2024

Vorstand

Lorenz Schlechter

elektronische Kopie

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Bürgerliches Brauhaus Ravensburg - Lindau Aktiengesellschaft

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Bürgerliches Brauhaus Ravensburg - Lindau Aktiengesellschaft – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Bürgerliches Brauhaus Ravensburg - Lindau Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung des Vorstands und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu er-

teilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten

ten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Freising-Weihenstephan, 3. Mai 2024

Landestreuhand Weihenstephan GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(A. Funken)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. R. Schoss)
Wirtschaftsprüfer

Erklärung des Vorstandes gemäß §§ 264 Abs. 2 Satz 3, 289 Abs. 1 Satz 5 HGB

**Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 der Bürgerliches Brauhaus
Ravensburg-Lindau Aktiengesellschaft, Ravensburg**

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau Aktiengesellschaft, Ravensburg, vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau Aktiengesellschaft, Ravensburg, beschrieben sind.

Ravensburg, im Mai 2025

Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau Aktiengesellschaft
der Vorstand
Lorenz Schlechter



Aufsichtsrat

Dr. Gerhard Knaus, Kempten, Vorsitzender

Dr. Lorenz Karl Schlechter, Überlingen, Stellvertretender Vorsitzender

Frederic Hanner, Guildford

Vorstand

Lorenz Schlechter, Lindau

Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau Aktiengesellschaft

